

Damit unsere Heimat auch in Zukunft lebenswert und attraktiv bleibt – meine Ziele für unseren Wahlkreis

Unsere Heimat muss auch in Zukunft ein lebenswerter und starker Standort bleiben. Deshalb müssen auch in Zeiten großer Herausforderung nicht ideologische Vorgaben, sondern die konkrete Auswirkung für die Menschen vor Ort im Mittelpunkt stehen. Eine ideologiegetriebene Politik, wie sie derzeit von der Ampel in Berlin gemacht wird und etwa das Verbot von neuen Öl- und Gasheizungen ab 2024 vorsieht, betrifft zig Millionen Menschen und wird von mir abgelehnt. Diese Pläne sind völlig unrealistisch. Es bräuchte schätzungsweise 60.000 Handwerker um die Umbaupläne der Regierung umzusetzen. Weder haben wir so viele freie Handwerker, noch genügend Geräte. Aber selbst, wenn man die Voraussetzung erfüllen würde, liefen die Pläne an der Lebensrealität vorbei. Gerade in unserer Region sind viele Häuser in Gießen, Wettenberg, Lollar, Heuchelheim oder Biebertal so konzipiert, dass sich die von Grünen, SPD und FDP favorisierte Wärmepumpe gar nicht in die Gebäude einbauen ließe. Auf viele Hauseigentümer kämen nach Sachverständiger Schätzung Kosten zwischen 30.000 Euro bis über 100.000 Euro zu. Für viele Menschen ist dies schlicht nicht bezahlbar. Ob und für wen und unter welchen Umständen es da Zuschüsse geben soll, ist alles unklar. Über 80-jährige Hauseigentümer sollen von der Austauschpflicht zwar befreit werden, aber ob diese Regelung tatsächlich Bestand haben wird, ist offen. Die Grenze ist willkürlich gewählt und deshalb verfassungsrechtlich hochproblematisch. Warum soll es für eine 79-Jährige zumutbar sein ihre Heizung auszutauschen, für einen 80-jährigen wiederum nicht? Erfolgreiche Politik für alle Bürger kann niemals auf ideologischer Verblendung aufbauen. Ich trete deshalb für eine Politik der praktischen Vernunft und realistischen Lösungen mit Maß und Mitte ein.

Klima und Umweltschutz sozialverträglich gestalten und Erhalt unseres Wirtschaftsstandorts sicherstellen

Ich stehe für einen effektiven Klimaschutz, der dabei den Erhalt unserer Wirtschaftskraft und unserer Arbeitsplätze berücksichtigt und zudem sozialverträglich gestaltet wird. Dieser Dreiklang ist für mich entscheidend, denn nur wenn es uns gelingt alle drei Punkte miteinander zu verbinden, werden die großen Klimasünder wie China, Indien oder die USA unserem Beispiel folgen und der weltweite CO²-Austoß spürbar reduziert.

Hessen hat im Klima- und Umweltschutz in den letzten Jahren vieles auf den Weg gebracht. Beispielsweise waren wir das erste Land, das schon 2012 2 % der Landesfläche für Windkraftanlagen ausgewiesen hat. Die Verfahren dauern jedoch nach wie vor zu lange. Es ist Aufgabe der Bundespolitik hier zu wirklichen Beschleunigungen des Planungs- und Bauverfahrens zu kommen.

Darüber hinaus hat Hessen durch weitere konkrete Maßnahmen und die Bereitstellung hoher Summen bereits wesentliche Schritte zu mehr Umwelt- und Klimaschutz ergriffen:

Seit 1990 gingen die Emissionen der Treibhausgase in Hessen um rund 29,6 % zurück. Damit wurde das Ziel einer Reduktion von 30 % der Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 (fast) erreicht. Wir befinden uns damit auf dem vorgesehenen Zielpfad und tragen unseren Teil zur Erreichung der Ziele Deutschlands und der EU bei. Hessen geht dabei als Vorbild voran. Mit dem Projekt der CO²-neutralen Landesverwaltung macht Hessen die Landesverwaltung selbst bis 2030 klimaneutral. Schon jetzt haben wir ihren CO²-Fußabdruck seit 2008 um 65% verringert.

Finanziell genießt der Klimaschutz höchsten Stellenwert. Insgesamt stellt die Landesregierung 1,8 Mrd. Euro im Doppelhaushalt 2023/24 bereit und adressiert damit alle relevanten Sektoren: Vom Ausbau des ÖPNV, über die CO₂-Neutrale Landesverwaltung bis zur besonders umwelt- und klimaschonenden Landwirtschaft. Mit dem weitgehend abgeschlossenen „Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025“ und dem „Mehr-Klimaschutz-Programm“ wurden über 160 Maßnahmen umgesetzt, um den Treibhausgasausstoß zu reduzieren und die Anpassung an den Klimawandel voranzubringen. Speziell für die Umsetzung dieser Maßnahmen wurden rund 170 Mio. Euro eingesetzt. So verfolgen wir einen umfassenden Ansatz von Bildung, Information, Beratung, Anreizen und Förderung für noch mehr Klimaschutz in Hessen.

Der „Integrierte Klimaschutzplan Hessen 2030“ umfasst weitere Maßnahmen für Wirtschaft, Bürger, Kommunen u.v.m. Für die nächsten Jahre stehen dafür allein 370 Mio. Euro bereit – die Mittel werden also verdoppelt

Ferner wurde erstmals ein hessisches Klimaschutzgesetz beschlossen in dem sich das Land Hessen u.a. das Ziel setzt, bis 2045 klimaneutral zu werden.

Im Bündnis „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ engagieren sich 378 Kommunen, u.a. auch die Stadt Gießen, für Klimaschutzmaßnahmen vor Ort. Das Land unterstützt diese Kommunen mit einer 100%-Förderung vieler Maßnahmen für den Klimaschutz.

Mit Blick auf die Förderung erneuerbarer Energien lässt sich zunächst festhalten, dass rund 60% des in Hessen produzierten Stroms inzwischen aus erneuerbaren Energien stammt. Seit 2010 hat Hessen diesen Anteil verfünffacht; jährlich werden Investitionen in Anlagen in Höhe von rund 700 Mio. Euro getätigt. In den letzten Jahren wurden jährlich zwischen 15.000 bis 20.000 neue Photovoltaik-Anlagen in Hessen mit einer Leistung von über 200 MW installiert. Um diesen Anteil zu erhöhen, hat die CDU-geführte Landesregierung ein neues zinsgünstiges Kreditprogramm geschaffen, das sich an private Bauherren und Gebäudeeigentümer richtet und beim Bund dafür gesorgt, dass bürokratische und steuerrechtliche Hürden abgebaut wurden.

Mit der Novellierung der Hessischen Bauordnung wurden außerdem die Abstandsregelungen von Wärmepumpen modifiziert und die Mindestabstandsflächen bei PV-Anlagen reduziert. Zusammen mit den geplanten steuerlichen Erleichterungen, die auf die hessische Bundesratsinitiative zurückgehen, schaffen wir mehr Anreize für die Installation von PV-Anlagen. Dazu trägt auch die neue Richtlinie für Denkmalschutzbehörden bei, die die Genehmigung von Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden erleichtert.

Wasserstoff ist ein wichtiger Bestandteil bei der CO₂-Reduzierung. Deshalb haben wir gemeinsam mit Industrie und Wissenschaft eine eigene Hessische Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht.

Ein wichtiges Projekt ist dabei die weltweitgrößte Wasserstoffzugflotte, die seit Dezember 2022 im Taunus unterwegs ist. Eine weitere Zukunftstechnologie um nachhaltig Energie zu liefern, kann die Kernfusion sein. Um diese Forschung zu unterstützen, stellen wir 2,5 Mio. Euro bereit.

Das Land Hessen stärkt zudem den hessischen Wald als Co₂ Speicher Nr.1. Allein für die Aufforstung des hessischen Staatswaldes wurden im Jahr 2022 rd. 5,5 Mio. Bäume gepflanzt – eine Fläche von 1600 Hektar wird so aufgeforstet. Um den Wald zu erhalten, zu stärken und neu aufzubauen, werden in den kommenden beiden Jahren insgesamt rund 155 Mio. Euro investiert. Private und kommunale Waldbesitzer wurden seit 2020 mit rund 50 Mio. Euro beim Auf- und Umbau ihrer Wälder unterstützt.

Der Landesbetrieb Hessen-Forst wurde finanziell und personell gestärkt, damit der Landesforst vorbildhaft geschützt und erneuert werden und seine Funktionen für Umwelt, Wirtschaft, Klima und Erholung langfristig erfüllen kann. Für das Staatswaldprogramm „Mischwald für morgen“ stehen jährlich rund 30 Millionen Euro bereit.

Das Land Hessen befindet sich also auf dem richtigen Weg. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die vorbenannten Maßnahmen weiter ausgebaut werden.

Nachhaltige Mobilität für mehr Klimaschutz – kein ideologischer Kampf gegen das Auto

Eine wichtige Säule für mehr Klimaschutz ist auch der Bereich des Verkehrs bzw. der Mobilität. Ich stehe für eine nachhaltige Mobilität. Mobilitätskonzepte sind dann nachhaltig, wenn sie einerseits zur Klimaneutralität und Luftreinhaltung in der Region beitragen und andererseits die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Nachhaltigkeit ist nur dann wirksam, wenn sie auch nachgefragt wird. Die Nachhaltigkeit von Verkehrspolitik misst sich deshalb an ihren Ergebnissen, nicht an ihren Intentionen.

Das Thema nachhaltige Mobilität erschöpft sich für mich nicht floskelhaft bei den Dimensionen Fahrrad und dem „klassischen“ ÖPNV-Ausbau mit mehr Buslinien. Wir wissen aus der Mobilitätsforschung, dass der Ausbau solcher Angebote Grenzen in der Wirtschaftlichkeit und in der Nutzerfreundlichkeit haben. Ich kann nicht beliebig die Taktung von Bussen im Innenstadtbereich erhöhen, hier gibt es schlichtweg Kapazitätsgrenzen. Ebenso gibt es einen Teil der Bevölkerung der – insbesondere im Winter und bei Schlechtwetter – nicht bereit ist auf das Rad umzusteigen. Dazu kommt, dass wir Mobilität nicht nur aus der Sicht der Stadt Gießen betrachten können, sondern vor allem auch die Anliegen der umliegenden Gemeinden wie Heuchelheim, Biebertal, Lollar oder Wettenberg im Blick behalten müssen. Das gilt sowohl für Berufspendler als auch für den Einzelhandel, die Gastronomie und die Kultureinrichtungen in der Innenstadt Gießens. Die Stadt Gießen muss für das Umland erreichbar sein.

Deshalb müssen der Individualverkehr und das Auto in Gießen und Umgebung ein wichtiges Element in der Verkehrsplanung bleiben. Vorhaben wie die Sperrung der Hälfte des Anlagenrings führen zu einem selbstgemachten Verkehrschaos. Wenn Verkehrsachsen zu Stoßzeiten nicht mehr den bestehenden PKW-Verkehr aufnehmen können, führt das dazu, dass Hauptstraßenkonzepte nicht länger funktionieren und Autos auf Nebenstraßen ausweichen. Solche ideologischen Ansätze bringen uns nicht weiter.

Deshalb plädiere ich für eine innovative Verkehrspolitik, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse eines Regionalzentrums eingeht und dabei die Umlandkommunen mitberücksichtigt. Dazu möchte ich vier Schwerpunkte ergänzend zu einer fahrrad- und busfreundlicheren Heimat setzen:

- 1) Spürbarer Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos und andere klimafreundliche Antriebsformen auf öffentlichen Parkplätzen und Parkhäusern
- 2) Innovative Lösungen für die Mobilität von morgen durch Einführung von Pilotstrecken mit autonomen Shuttleverkehren als Ergänzung zum „klassischen“ ÖPNV
- 3) Schaffung mehrerer Mobilitätsstationen mit stark vergünstigten oder kostenfreien Parkmöglichkeiten, Bikesharing-Angeboten und schnellen Umsteigemöglichkeiten auf den ÖPNV an den Toren Gießens

- 4) Verbesserung der Radwegenetzverbindungen aus den Umlandkommunen in die Stadt Gießen, etwa von Heuchelheim oder Wettenberg
- 5) Verbesserung der überregionalen Anbindung der Stadt Gießen an den Schienenverkehr, durch Ausbau eines dritten Gleises der Main-Weser-Bahn von Frankfurt bis Gießen und die Errichtung neuer DB-Haltepunkte im Stadtgebiet Gießens, bspw. im ehemaligen US-Depot

Heimische Wirtschaft fördern – Handwerk, kleine und mittelständische Betriebe stärken

Insbesondere unsere kleinen und mittelständischen Betriebe sind der Garant unseres Wohlstandes und damit Grundvoraussetzung für eine positive Zukunftsentwicklung in Stadt und Landkreis Gießen. Die gezielte und konsequente Unterstützung der heimischen Wirtschaft wird deshalb einen Schwerpunkt meiner Arbeit in Wiesbaden bilden. Neben dem Abbau überflüssiger Verwaltungsvorschriften und der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren werden ich mich vor allem für folgende Punkte einsetzen:

- 1) kostenlose Meisterausbildung
- 2) Einführung eines Investitionsprogramms speziell für die Berufsschulen
- 3) Berufsinformationstage an allen Schulen, insbesondere auch an den Gymnasien („Tag des Handwerks“)
- 4) Schaffung von Internats- und Übernachtungsplätzen vor allem für Gewerke mit berufsschulischem Blockunterricht
- 5) Werkunterricht als (Wahl-)fach in den weiterführenden Schulen
- 6) Werkräume in Grundschulen, um Kindern das Handwerk spielerisch und frühzeitig näher zu bringen
- 7) Kostenfreie oder zumindest stark vergünstigte Handwerkerparkausweise in der Stadt Gießen

Keine Freiheit ohne Sicherheit – für eine starke Polizei und Justiz

Wir leben in unsicheren Zeiten. Dies gilt nicht nur im Großen durch den von Putin und seinen Schergen losgebrochenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern auch bei uns vor Ort. Die Übergriffe auf Rettungskräfte oder der Einsatz von Waffen und anderen gefährlichen Gegenständen haben sich in den letzten Jahren leider spürbar erhöht. So zählte die Polizei in Gießen 2010 im Landkreis und in der Stadt noch 53 Straftaten mit Messern. 2020 waren es bereits 175. Hier muss unverzüglich gegengesteuert werden, denn Sicherheit und Ordnung sind Grundvoraussetzungen für eine lebenswerte Heimat. Ich stehe daher für

- 1) Den Ausbau der Videoüberwachung an kriminalitätsgefährdenden Plätzen
- 2) Die Einführung von Waffenverbotszonen, etwa in der Gießener Innenstadt
- 3) Befriedung krimineller Schwerpunktbereiche durch sog. „mobile Wachen“

Es kann nicht sein, dass sich viele (Straf-)Verfahren selbst bei einfacher Sachverhaltslage über Monate in die Länge ziehen. Die Bürger dürfen zurecht erwarten, dass ein starker Rechtsstaat nicht nur effektiv und bestmöglich Straftaten zu verhindern sucht oder erfolgte Straftaten aufklärt, sondern dass Straftäter auch schnellstmöglich verurteilt werden. Ich begrüße daher sehr, dass die hessische

Landesregierung und Justizminister Prof. Poseck fast 500 neue Stellen in allen Bereichen der Justiz – angefangen bei Richtern und Staatsanwälten über die IT bis hin zum Justizvollzug – geschaffen hat, um den Rechtsstaat leistungsfähiger zu machen. Begrüßenswert ist ebenfalls, dass die Zahl der Referendarstellen deutlich angehoben wurde. Für eine noch effizientere Justiz werde ich mich neben den bereits durch die Landesregierung vorgenommenen Maßnahmen für folgende Aspekte einsetzen:

- 1) Konsequenter Anwendung des sog. beschleunigten Verfahrens nach §§ 417 ff. StPO
- 2) Einführung von Justizassistentenstellen für Referendare
- 3) Einrichtung eines „Haus des Jugendrechts“ in Gießen

Der Kit unserer Gesellschaft – ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen

Ob im Katastrophenschutz, im Vereinsleben oder in der Kulturarbeit: Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen würde das soziale und gesellschaftliche Leben in unserer Heimat zusammenbrechen. Die ehrenamtlichen Akteure sind für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft deshalb von überragender Bedeutung – sie machen aus unserer Gesellschaft eine Gemeinschaft und müssen deshalb besonders stark unterstützt werden. Hessen nimmt bei der Unterstützung des Ehrenamts im Ländervergleich eine Spitzenposition ein und war beispielsweise das erste Bundesland, dass die Ehrenamts-Card einführte, die in ganz Hessen zu Ermäßigungen und Vergünstigungen in verschiedensten Einrichtungen wie Museen oder Freizeitparks berechtigt. Die Digitalisierung verändert unser Leben in allen Bereichen und stellt deshalb auch die Vereine vor nicht zu unterschätzende Herausforderungen. Die Digitalisierung bietet aber auch enorme Chancen. Ich begrüße daher die Initiative „Ehrenamt digitalisiert“ des Landes Hessen mit der Vereinen Hilfestellungen bei der Digitalisierung des Vereinslebens und der Vereinsstrukturen gegeben werden. Dieses Programm muss auch in Zukunft fortgeführt werden. Daneben werde ich mich für folgende Punkte stark machen:

- 1) Entwicklung von Programmen, durch die Menschen, die sich ganz besonders im Ehrenamt engagieren, bevorzugt kommunale Leistungen (z.B. Kitaplätze) erhalten.
- 2) Auflegung eines Förderprogramms „junges Ehrenamt“ um gerade junge Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu begeistern.
- 3) Angemessene Anhebung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen
- 4) Abschaffung des Erfordernisses der notariellen Beglaubigung von Satzungsänderungen
- 5) Abschaffung anfallender Grunderwerbsteuer bei Vereinsfusionen.
- 6) Eine gesetzliche Klarstellung, dass sämtliche Leistungen der Freiwilligendienste in Sportvereinen einheitlich umsatzsteuerfrei gestellt werden
- 7) Die Übernahme der GEMA-Gebühren für nichtkommerzielle Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine durch das Land Hessen.
- 8) Zur Finanzierung ihres gemeinnützigen Vereinszwecks führen viele Vereine wirtschaftliche Geschäftsbetriebe (z. B. in Form von Festen), bei denen die steuerrechtlichen Grenzen schnell erreicht sind. Um die ehrenamtliche Vereinsarbeit zu stärken, müssen die Freibeträge angehoben und Möglichkeiten zur Finanzierung des gemeinnützigen Zwecks aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb verbessert werden

Ohne Breite keine Spitze und ohne Spitze keine Breite – für eine effektive Förderung des Breiten- und Spitzensports

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch dem Sport zu. Der Sport ist der gesellschaftliche Faktor in unserer Heimat, der die meisten Menschen erreicht. Jüngere und ältere, Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, solche die gut betucht sind und jene, die es finanziell schwer haben. Sport erreicht Menschen, die schon immer hier gelebt haben und jene, die aus vielen Ländern zu uns gekommen sind. Für den sozialen Zusammenhalt und gerade die Integration ist der Sport konkurrenzlos. Eine Sportförderung muss sich sowohl auf den Breiten- als auch auf den Spitzensport konzentrieren. Neben der Investition in Neubauten und dringend benötigte Sanierungen der Sportanlagen wie dem Gießener Waldstadion, sind mir vor allem folgende Punkte wichtig:

- 1) Ausbau einer wettbewerbsfähigen Halle für die Gießen 46ers
- 2) Aufbau eines Stipendienprogramms zur Unterstützung unserer heimischen Leistungssportler
- 3) Weiterentwicklung des Sport-Standorts Mittelhessen als attraktive Alternative zum Ballungsgebiet Rhein/Main durch Bündelung und Schaffung von sportspezifischen Leistungsstützpunkten
- 4) Aufbau einer Eliteschule des Sports in Gießen
- 5) Enge Kooperation mit den Hochschulen, um Vereinen in den Semesterferien die dortigen Sportstätten zur Verfügung zu stellen.
- 6) Noch bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Profisport und Beruf, Ausweitung der Sportfördergruppe im öffentlichen Dienst neben Polizei und öffentliche Verwaltung auf bspw. auch die Finanzfachhochschule in Rotenburg

Gute Bildung für alle – Kinder nach ihren individuellen Stärken fördern

Die hessische Schul- und Bildungslandschaft ist gut aufgestellt. Ich werde mich für eine breite und vielfältige Bildungslandschaft einsetzen, die jedem die Möglichkeit bietet, nach seinen Neigungen und Fähigkeiten eine Ausbildung zu erhalten. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir unser Chancenschulsystem in seiner Breite und Vielfalt erhalten. Das beinhaltet alle Schulformen, vom Gymnasium bis zu den Förderschulen. Es gibt nicht *die* eine Schule für alle.

Mir ist ebenso wichtig, dass wir eine echte Gleichstellung von allgemeiner schulischer Ausbildung und berufliche Ausbildung erreichen. Hierzu gehört bspw., dass die Meisterausbildung in Zukunft – so wie die Ausbildung an der Uni – kostenfrei sein muss.

Hessen investiert den Rekordwert von rund fünf Mrd. Euro in Bildung. Von 2019 bis 2024 sind die Bildungsinvestitionen damit um mehr als eine Mrd. Euro gestiegen. Insgesamt fließt jeder siebte Euro des Landeshaushalts in Schulen. Die Stärkung des Bildungsstandortes Hessen hat für die CDU und auch für mich persönlich oberste Priorität. Dies lässt sich auch durch weitere konkrete Zahlen belegen: Nie gab es mehr Lehrkräfte in Hessen. In den nächsten beiden Jahren schaffen wir insgesamt rund 4.000 neue Stellen für Lehrkräfte. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU im Jahre 1999 wuchs die Zahl der Stellen damit um mehr als 14.200. Im Jahr 2024 steigt die Zahl der

Lehrerstellen mit 59.340 auf ein Allzeithoch. Auf sämtliche Schulen bezogen stehen zur Abdeckung der Grundunterrichtsversorgung Lehrkräfte im Umfang von rd.120 % mit einer der jeweiligen Schulform entsprechenden zweiten Staatsprüfung oder Lehrbefähigung zur Verfügung. Mit breit angelegten Kampagnen wie „Die Zukunft braucht Dich!“ und „Werde Lehrerin oder Lehrer in Hessen“ werben wir für den Beruf als Lehrkraft. Hinzukommen gezielte Ansprachen der jungen Zielgruppe in sozialen Medien sowie Beratungen direkt an Schulen. Darüber hinaus wurden die Studienplatzkapazitäten für das Lehramt seit dem Jahr 2017 erheblich ausgeweitet: 345 zusätzliche Plätze wurden für das Grundschullehramt geschaffen, für die Förderschulpädagogik 135 sowie weitere 60 im neuen Studiengang für ein Lehramt für Förderpädagogik an der Universität Kassel. Außerdem wurden verschiedene Weiterbildungs-, Quereinstiegs- und Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen. Seit 2018 wurden des Weiteren die Kapazitäten im Vorbereitungsdienst um fast 10 Prozent auf 5.250 Plätze erhöht (von 4.800). Ferner wird die beschlossene Verbesserung der Besoldung der Grundschullehrkräfte den Beruf noch attraktiver machen und insbesondere die wichtige Grundausbildung an den Grundschulen verbessern. Zudem darf nicht unerwähnt bleiben, dass Hessen den niedrigsten Anteil an Schülerinnen und Schülern hat, die ohne Abschluss die Schule verlassen.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Schullaufbahn – und auch Grundlage für gelingende Integration – ist die deutsche Sprache. Der CDU und mir persönlich ist es deshalb besonders wichtig, in diesem Bereich einen besonders Schwerpunkt zu setzen. Wir haben als erstes Land Vorlaufkurse zur Sprachförderung vor der Einschulung eingeführt und diese verpflichtend gemacht. In den Klassen 3 und 4 haben wir eine zusätzliche Deutschstunde eingeführt. In der kommenden Wahlperiode wollen wir eine weitere zusätzliche Deutschstunde in den Jahrgangsstufen 1 und 2 einführen. Zudem stärken wir die korrekte Rechtschreibung, u.a. durch eine Kompetenzstelle Orthografie und die Einführung eines Fehlerindex in den Klassen 9 und 10.

Für eine moderne Bildung ist der Einsatz digitaler Angebote unerlässlich. Auch hier sind wir bereits auf einem guten, wenngleich weiter auszubauenden Weg:

Waren 2019 nur etwa 30 % der Schulen an gigabitfähiges Internet angeschlossen, waren dies bis Ende 2022 über 90 %. Hessen hat gemeinsam mit den Kommunen die mit dem Bund vereinbarte Eigenbeteiligung beim originären Digitalpakt von zehn auf bundesweit einmalige 25 Prozent erhöht. Projekte wie der Digi-Truck, einer mobilen Digitalschule, die in allen Landesteilen Grundschulen besucht und Workshops zu den Themen „Programmieren“, „Robotik“ und „Künstliche Intelligenz“ sowie Fortbildungen für Lehrkräfte durchführt, um das Arbeiten mit modernen Technologien an Grundschulen zu stärken, müssen verstetigt und weiter ausgebaut werden. Selbiges gilt für den „Karriere-Truck“: Mit dem Informations- und Mitmachangebot „Deine Zukunft #real:digital“ haben wir ein neues innovatives Instrument zur beruflichen Orientierung geschaffen. Junge Digital-Coaches bringen das mobile Angebot direkt ins Klassenzimmer und zeigen den Jahrgangsstufen 8 bis 12 in interaktiven Workshops, welche Rolle Technologien wie Künstliche Intelligenz für viele Berufsbilder und die duale Berufsausbildung spielen. Als bundesweiter Vorreiter hat Hessen mit dem Unterrichtsfach „Digitale Welt“ ein Pilotprojekt gestartet, das die notwendigen Kompetenzen des digitalen Zeitalters vermittelt. Dafür, dass dieses Fach zeitnah an den Gießener Schulen eingeführt wird, werde ich mich einsetzen.

Das Lehrkräftebildungsgesetz wurde grundlegend modernisiert und Querschnittsthemen wie Digitalisierung, Berufsorientierung oder die Bildungssprache Deutsch in allen Phasen der Lehrkräftebildung verankert. Seit März 2020 haben rd. 50.000 Lehrkräfte an Fortbildungen im Bereich

„Medienbildung und Digitalisierung“ teilgenommen.

Um für alle Schülerinnen und Schüler gute Bildungschancen zu gewährleisten, ist es mir auch wichtig, einen Fokus dort zu setzen, wo Unterstützung besonders benötigt wird. Die CDU-geführte Landesregierung hat hier bereits einige Akzente gesetzt. Mit dem neuen Landeshaushalt werden bspw. weitere Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte geschaffen. Durch die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen der Staatlichen Schulämter wird ein breites Angebot wie zum Beispiel Fortbildungsangebote, Online-Videosprechstunden oder Präventionsprogramme angeboten. Ab dem Jahr 2024 werden den Landkreisen und kreisfreien Städten 25 Mio. Euro für Schulverwaltungsfachkräfte zur Verfügung gestellt, um Schulleitungen und Schulsekretariate zu entlasten. Hessen hat auf den Krieg in der Ukraine und die vielen geflüchteten Kinder in unserem Land sehr schnell reagiert. Niemals zuvor wurden binnen kürzester Zeit so viele neue Intensivklassen eingerichtet und häufig noch eine Teilintegration in eine Regelklasse ermöglicht.

Ungenutzte Potentiale endlich ausschöpfen – Wohnbauoffensive zügig vorantreiben!

Der Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist eine zentrale Aufgabe der Politik, und zwar auf allen Entscheidungsebenen. Unter bezahlbarem Wohnraum verstehe ich jedoch nicht nur den sozialen Wohnungsbau, sondern halte es vielmehr für notwendig den gesamten Wohnungsbereich in den Blick zu nehmen, damit es für alle Bürger in unserer Heimat im wahrsten Sinne des Wortes ein bezahlbares Wohnangebot gibt. Hier dürfen wir nicht nur an den öffentlichen Sektor denken, sondern müssen vor allem auch private Immobilieneigentümer ansprechen, denn über 80 % aller Wohnungen in Deutschland befinden sich in privater Hand. Gerade mit Blick auf die Stadt Gießen ist im Zusammenhang mit der Schaffung neuen Wohnraums das Thema Nachverdichtung von wesentlicher Bedeutung. Hier besteht ein enorm hohes Potential. Ich denke hier etwa an die Aufstockung von reinen Wohngebäuden sowie den Ausbau von Dachgeschossen, aber auch an die Aufstockung auf Parkhäuser, Büro- und Verwaltungsgebäude sowie eingeschossige Einzelhandelsmärkte. Um vor allem private Eigentümer zu animieren und diese bei potenziellen Bauvorhaben zu unterstützen, bedarf es auf allen politischen Ebenen (Kommune/Land/Bund) der Umsetzung einiger Maßnahmen. Hierzu gehören:

- 1) Wegfall mietpreisregulierender- und kündigungsbekränkender Vorschriften bei Wohnraum, der durch Aufstockung und Dachgeschossausbau neu geschaffen wurde
- 2) Ausnahmeregelungen für Dachgeschossbauten und Aufstockungen in der Stellplatzsatzung der Stadt Gießen, bspw. durch Wegfall der Stellplatzablösung
- 3) Fördertopf für Dachgeschossausbau und Aufstockungsvorhaben

Neben der Verdichtung halte ich ebenso die Ausweisung neuer Wohngebiete für richtig, denn unsere Heimat bleibt gerade dann auch für junge Familien attraktiv, wenn sie sich den Traum vom eigenen Haus erfüllen können.

Gute Betreuung für unsere Jüngsten – Personaloffensive in unseren Kitas

Viele Familien und Alleinerziehende, insbesondere in größeren Städten und Gemeinden, finden keine Kita-Plätze für ihre Kinder. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der Personalmangel. Wir nehmen die

Sorgen der Eltern ernst und wollen eine Anerkennungs-offensive für eine verlässliche und qualitativ gute Betreuung. Dazu gehört beispielsweise die Erleichterung von Möglichkeiten zum Quereinstieg in die Erzieherausbildung. Darüber hinaus will ich auch in Kitas multiprofessionelle Teams ermöglichen (sog. Löwen-Teams), um eine gute und verlässliche Betreuung zu gewährleisten. Ferner werde ich mich für folgende Punkte starkmachen:

- 1) Steigerung der Zahl an Ausbildungsplätzen
- 2) Abschaffung der Schulgelder an privaten Erzieherfachschulen
- 3) schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Echte Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik – für eine solide Finanzpolitik

Eine erfolgreiche Zukunft ist ohne solide Finanzpolitik nicht möglich. Es muss der Grundsatz gelten, dass nur so viel ausgegeben werden kann, wie vorher erwirtschaftet wurde. Eine Politik mit immer neuen Schulden lehne ich ab. Ich stehe für eine nachhaltige Politik. Dies muss auch in der Finanzpolitik gelten. Eine Politik, die immer neue Schulden macht, verstößt gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit und ist insbesondere ein massiver Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit zu Lasten unserer Kinder und nachkommender Generationen.

Hessen hat seit Jahren eine erfolgreiche Finanzpolitik betrieben. In den Jahren 2016 bis 2019 wurden beispielsweise 800 Mio. Euro Altschulden getilgt und die Rücklagen des Landes gestärkt (u.a. eine Mrd. Euro in die Konjunkturausgleichsrücklage). Nur im Corona-Jahr 2020 mussten eine Neuverschuldung aufgenommen werden: Die rd. 2,3 Mrd. Euro waren eine Verbesserung von über 3 Mrd. Euro gegenüber der Ursprungsplanung. 2021 und 2022 kam Hessen wieder gänzlich ohne neue Schulden aus und konnte 2022 sogar 200 Mio. Euro Altschulden zurückzahlen. Im Gegensatz zu anderen Ländern (z.B. Bremen, NRW oder Brandenburg) ist für das Jahr 2023 kein Notlagenbeschluss zur Aufnahme neuer Kredite nötig. Hessen hält die Regelgrenze der Schuldenbremse ein. Für 2024 ist wieder eine Rückzahlung von über 100 Mio. Euro geplant und das, obwohl Hessen gleichzeitig wesentliche Beiträge leistet, um bundesweit verabredete Leistungen (Ausweitung des Wohngeldes, 49-Euro-Ticket), zwingende Mehrkosten (etwa für die Flüchtlingshilfe) und zentrale neue Programme (Hessen steht zusammen sowie politische Schwerpunktsetzungen) zu finanzieren.

Für die Fortsetzung dieser erfolgreichen Finanzpolitik werde ich mich einsetzen.